Bundesrat **Drucksache** 645/96

29.08.96

EU - Fz

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Vorschlag einer Verordnung (Euratom, EGKS, EG) des Rates zur Änderung der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften
KOM(96) 351 endg.; Ratsdok. 9518/96

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn
Telefon: 0228/3820840, Telefax: 0228/3820844
ISSN 0720-2946

Übermittelt vom Bundesministerium für Wirtschaft am 29. August 1996 gemäß § 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (BGBl. I 1993 S. 313 ff.).

Die Vorlage ist von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften am 29. Juli 1996 dem Herrn Präsidenten des Rates der Europäischen Union übermittelt worden.

Die Vorlage wird voraussichtlich vom Haushaltsausschuß beraten.

Das Europäische Parlament und der Rechnungshof werden an den Beratungen beteiligt.

Begründung

A. Einleitung

B. Analyse der einzelnen Änderungsvorschläge

1. Überwachung der laufenden Mittelbindungen
2. Kontrolle der Übertragung der Befugnisse zum Haushaltsvollzug
3. Neue Bestimmungen zur Regelung der Auftragsvergabe
4. Erweiterung der Befugnisse des Finanzkontrolleurs
5. Durch die elektronischen Systeme bedingte Änderungen
6. Verbesserung des Buchungssystems
7. Buchmäßige Erfassung der traditionellen Eigenmittel
8. Entsprechung zwischen den rechtlichen Verpflichtungen und den Mittelbindungen
9. Zusätzliche Bestimmungen zum Verfahren der Hinwegsetzung über die Verweigerung des Sichtvermerks durch den Finanzkontrolleur
10. Änderung der Bestimmungen über die Bestandsverzeichnisse
11. Änderung der Frist für die Einreichung von Anträgen auf Mittelübertragung von Kapitel zu Kapitel bei der Haushaltsbehörde
12. Überarbeitung von Titel IX der Haushaltsordnung (Außenhilfe)

A. Einleitung

Das Haushaltsjahr 1996 ist das Jahr der Einberufung der Regierungskonferenz, die den politischen Willen der Mitgliedstaaten zur Fortsetzung des Erweiterungsprozesses zum Ausdruck bringt. Mit 20 oder mehr Mitgliedstaaten wird die Europäische Union nur dann funktionsfähig sein, wenn die Abläufe in den Institutionen transparent und deren Arbeitsmethoden effizient sind. Eine unverzichtbare Komponente der erforderlichen institutionellen Reformen ist die Verbesserung des Finanzmanagements. Der nachstehende Vorschlag stellt einen ersten legislativen Ansatz in diesem Sinne dar.

Die Haushaltsordnung war unlängst Gegenstand von drei "Serien" von Änderungen, um sie an den Vertrag von Maastricht, das EWR-Abkommen, die neuen Verfahren bei Anleihe- und Darlehenstransaktionen, die neuen Vorschriften über Bußgelder und sonstige Geldstrafen sowie die neuen Wettbewerbsbestimmungen der GFS anzupassen. Derzeit laufen zwei weitere Änderungsverfahren, die den EAGFL-Rechnungsabschluß ("Sechste Serie") und das Vorgehen bei Haushaltssalden ("Vierte Serie") betreffen.

Der nachstehende Vorschlag ("Siebte Serie") ergibt sich aus den Schlußfolgerungen der Liikanen-Gradin-Gruppe zur zweiten Phase der Verbesserung des Finanzmanagements (SEM 2000) und berücksichtigt die Überlegungen im Zusammenhang mit der ersten Zuverlässigkeitserklärung und SINCOM 2[1] . Es bedarf hier eines ausgewogenen und in sich schlüssigen Vorgehens: ausgewogen, weil nunmehr, nach mehreren aufeinanderfolgenden engen Ansätzen Vereinfachungen erforderlich sind, und schlüsssig, weil es gilt, die Wünsche mehrerer Beteiligten mit den Managementerfordernissen in Einklang zu bringen.

Die Überlegungen, die zum nachstehenden Vorschlag geführt haben, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Bei der Abwicklung rechtlicher Verpflichtungen, die sich über mehrere Jahre erstrecken, sind mitunter beträchtliche Verzögerungen festzustellen, so daß eine verstärkte Überwachung der laufenden Mittelbindungen erforderlich ist.

2. Es ist dafür zu sorgen, daß sich die rechtlichen Verpflichtungen und die Mittelbindungen, über die der Finanzkontrolleur befindet, und die in der Zentralen Rechnungsführung erfaßt werden, möglichst genau decken.

3. Die Vergabe von Aufträgen zur Durchführung bestimmter Gemeinschaftsprogramme muß so geregelt sein, daß die Transparenz der Vorgänge gewährleistet ist. Zudem sind die Verfahren zur buchmäßigen Erfassung der im Zuge der Programme erwirtschafteten und zu ihrer weiteren Finanzierung einsetzbaren Mittel festzulegen.

---

[1] Die Kommission hat ab 1989 das alte Rechnungsführungssystem, bei dem die Vorgänge im wesentlichen manuell bearbeitet wurden, schrittweise auf ein elektronisches System (SINCOM: Système Informatisé de Comptabilité) umgestellt.

4. Die Einführung der Zuverlässigkeitserklärung erfordert eine strengere Disziplin bei den Bestandsverzeichnissen dahingehend, daß die Aufgabenbereiche des Anweisungsbefugten, des Finanzkontrolleurs und des Rechnungsführers genau abgegrenzt werden.

5. Den Erfordernissen der elektronischen Rechnungsführungssysteme ist Rechnung zu tragen; insbesondere ist vorzusehen, daß der Rechnungsführer an der Einführung derartiger Systeme auf Ebene der Anweisungsbefugten beteiligt wird; zudem sind die Verfahren für die elektronische Übermittlung von Zahlungsanweisungen an die Banken zu regeln.

6. Die Weiterübertragung der Zeichnungsbefugnis ist strengstens zu kontrollieren; insbesondere ist die disziplinarrechtliche und gegebenfalls finanzielle Verantwortlichkeit der Bediensteten vorzusehen, wenn diese Befugnisse ausgeübt haben, die ihnen nicht vorschriftsmäßig übertragen oder weiterübertragen worden sind.

7. Bei Verweigerung des Sichtvermerks durch den Finanzkontrolleur sollte eine äußerste Frist für den "Hinwegsetzungs"-Beschluß festgelegt werden, um übermäßige Verzögerungen und damit Probleme bei der Rechnungsführung zu vermeiden.

8. In die Haushaltsordnung sind spezifische Bestimmungen für die traditionellen Eigenmittel einzufügen, die gegenüber den anderen Forderungen der Gemeinschaften, einschließlich der übrigen Eigenmittelkategorien (MwSt. und BSP) besondere Merkmale aufweisen.

9. Das Rechnungsführungssystem muß, insbesondere in den Bereichen, in denen sich die Datenverarbeitung durchsetzt, verbessert werden.

10. Schließlich entspricht der Vorschlag der Forderung des Rates, im Zusammenhang mit den Außenhilfen die Auftragsvergabe an die Erfordernisse des GATT-Abkommens und an die Richtlinien des Rates zur Koordinierung der Vergabe von öffentlichen Aufträgen anzupassen.

In der folgenden Begründung wird jeder Änderungsvorschlag getrennt analysiert.

B. Analyse der einzelnen Änderungsvorschläge

1. Überwachung der laufenden Mittelbindungen

Die Haushaltsordnung (Artikel 1 Absatz 7) sieht seit ihrer Überarbeitung 1988 vor, daß für die Abwicklung von Mittelbindungen bei Verpflichtungen, die sich über mehr als ein Jahr erstrecken, eine verbindliche Frist festzulegen ist. Dennoch sind hier beträchtliche Verzögerungen festzustellen. Ein besseres Finanzmanagement erfordert daher insbesondere eine striktere Überwachung der laufenden Mittelbindungen.

Dies kann wie folgt erreicht werden:

- Festsetzung verbindlicher Durchführungsfristen in den jeweiligen Verträgen sowie ausdrücklicher Hinweis darauf, daß bei Ablauf der Durchführungsfrist die nicht abgewickelten Mittelbindungen aufgehoben werden. Doch sollte dies erst sechs Monate nach Ablauf der Durchführungsfrist erfolgen, damit ein Spielraum für die Abwicklung der Kostenabrechnung verbleibt (Artikel 1 Absatz 7);

- Einfügung einer Bestimmung, die folgendes vorsieht: werden infolge der Nichtdurchführung oder nur teilweisen Durchführung von Maßnahmen Mittelbindungen aufgehoben - und die entsprechenden Mittel in Abgang gestellt - so sind die rechtsgrundlos gezahlten Beträge zurückzufordern. Damit wäre die erforderliche "Symmetrie" zwischen Aufhebung der Mittelbindungen und Rückforderung gewährleistet (Artikel 7 Absatz 6).

2. Kontrolle der Übertragung der Befugnisse zum Haushaltsvollzug

Artikel 22 der Haushaltsordnung sieht vor, daß die Organe unter bestimmten Voraussetzungen ihre Befugnisse zur Ausführung des Haushalts übertragen können; dies geschieht nach Maßgabe ihrer Geschäftsordnung und innerhalb der in der Übertragungsverfügung festgelegten Grenzen. Die Bevollmächtigten dürfen nur im Rahmen der ihnen ausdrücklich übertragenen Befugnisse tätig werden. Der Rechnungshof hat darauf hingewiesen, daß nicht rechtmäßig bevollmächtigte Personen, Mittelbindungsanträge und/oder Zahlungsanweisungen unterschrieben haben.

In diesen Artikel muß daher eine neue Bestimmung eingefügt werden, nach der Beamte und Bedienstete, die eine ihnen nicht rechtmäßig übertragene Befugnis ausgeübt haben, disziplinarrechtlich und finanziell zur Verantwortung gezogen werden (Artikel 22 Absatz 4).

3. Neue Bestimmungen zur Regelung der Auftragsvergabe

Die Auftragsvergabe als solche kann nicht in Frage gestellt werden, da sie für bestimmte personalmäßig unterbesetzte Kommissionsdienststellen die einzige Möglichkeit ist, Gemeinschaftspolitiken durchzuführen.

Allerdings muß die Verwaltung hier genauso straff sein wie bei den von der Kommission selbst durchgeführten Maßnahmen. Insbesondere muß eine völlig transparente Buchführung über die in Auftrag gegebenen Vorgänge gewährleistet sein.

Es wird daher vorgeschlagen, eine neue Bestimmung einzufügen, die zum einen auf die Durchführungsbestimmungen verweist (Gewährleistung der Transparenz) und zum anderen festlegt, wie Zinserträge, die im Zuge der Ausführung eines Programms erwirtschaftet und für dessen Finanzierung verwendet werden können, buchmäßig zu erfassen sind. (Artikel 22 Absatz 4 a).

4. Erweiterung der Befugnisse des Finanzkontrolleurs

Artikel 24 muß dahingehend geändert werden, daß der Finanzkontrolleur zu konsultieren ist, wenn die Systeme zur Erstellung der Bestandsverzeichnisse und - hier gilt der Vorschlag auch für den Rechnungsführer, siehe Punkt 5 weiter unten - die Rechnungsführungssysteme der Anweisungsbefugten geändert oder neue Systeme eingeführt werden. Zudem muß ausdrücklich verankert werden, daß dem Finanzkontrolleur die Innenrevision obliegt.

Des weiteren ist vorzusehen, daß dem Finanzkontrolleur nicht nur, wie dies bereits jetzt der Fall ist, die Haushaltsrechnung und die Vermögensübersicht, sondern auch die Analyse der Rechnungsführung zu unterbreiten ist, weil er nicht nur über quantitative Ergebnisse (sie sind den ersten zwei Dokumenten zu entnehmen), sondern auch über qualitative Ergebnisse, d.h. darüber unterrichtet sein muß, inwieweit das Ziel der wirtschaftlichen Haushaltsführung verwirklicht worden ist. (Artikel 79).

5. Durch die elektronischen Systeme bedingte Änderungen

Die elektronischen Rechnungsführungssysteme erfordern einige Änderungen; insbesondere ist festzulegen, daß

- der Rechnungsführer zu konsultieren ist, wenn die von den Anweisungsbefugten eingesetzten Rechnungsführungssysteme, die Daten an das Zentrale Rechnungsführungssystem liefern, geändert oder neue Systeme eingeführt werden (Artikel 25);

- bei elektronischer Abwicklung der Zahlungsanweisungen an die Banken die betreffenden Beträge nicht ausgeschrieben werden müssen (Artikel 44).

6. Verbesserung des Buchungssystems

Zur Verbesserung des Buchungssystems werden folgende Änderungen vorgeschlagen:

- die an die Gemeinschaft gelieferten Erzeugnisse oder ihr erbrachten Leistungen, in deren Preis Steuern enthalten sind, die von den Mitgliedstaaten aufgrund des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen erstattet werden, sind zum Nettopreis zu erfassen; die Erstattungen der betreffenden Steuern sind getrennt zu verbuchen (Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe c);

- es wird unterschieden zwischen "Konten für Haushaltsausgaben und -einnahmen" (sie erlauben es, die Ausführung des Haushalts zu verfolgen und den Haushaltssaldo eines Jahres zu errechnen) und "Konten für nichtbudgetäre Ausgaben und Einnahmen" (mit ersteren zusammen erlauben sie die Ermittlung eines erweiterten Rechnungsergebnisses) (Artikel 70);

- Einfügung einer neuen Bestimmung, in der auf die Durchführungsbestimmungen verwiesen wird, welche die buchmäßige Erfassung der Wertminderung der Aktiva, die Abschreibungsmodalitäten und die Bildung von Rückstellungen regeln (Artikel 70 a).

7. Buchmäßige Erfassung der traditionellen Eigenmittel

Es wird vorgeschlagen, eine neue Bestimmung einzufügen, um der Forderung des Rechnungshofes nach einer Anpassung der Haushaltsordnung an die besonderen Merkmale der traditionellen Eigenmittel nachzukommen.

Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission zu festen Terminen monatliche Übersichten über die von ihnen festgestellten Ansprüche; zu den gleichen Terminen führen sie die Eigenmittel ab. Der Anweisungsbefugte kann also die Forderung nicht vor der Zahlung feststellen. Diese Besonderheit rechtfertigt die Einfügung einer besonderen Bestimmung, die nur auf die monatlichen Zahlungen und nicht auf die im Anschluß an Kontrollen geforderten Korrekturen Anwendung finden würde (Artikel 28 neuer Absatz 3).

Für die anderen Eigenmittel (MwSt. und BSP) ist der Betrag bekannt, bevor er fällig ist. Die allgemeinen Bestimmungen über ihre Feststellung sind also weiterhin anwendbar.

8. Entsprechung zwischen rechtlichen Verpflichtungen und Mittelbindungen

8.1. Eines der größten Probleme, das einer wirtschaftlichen Haushaltsführung entgegensteht, ist die Tatsache, daß rechtlichen Verpflichtungen keine entsprechenden Mittelbindungen gegenüberstehen. Dieses Problem tritt dann auf, wenn nach dem Grundsatzbeschluß der Kommission, mit dem eine finanzielle Hilfe gewährt wird, keine oder keine ausreichende buchmäßige Erfassung erfolgt (d.h. kein Mittelbindungsantrag, der dem Finanzkontrolleur unterbreitet und im Zentralen Rechnungsführungssystem registriert wird), und somit eine zuverlässige Rechnungsführung nicht möglich ist.

Dies betrifft insbesondere die im Rahmen der Außenbeziehungen gewährten Hilfen (Phare, Tacis, Meda, Entwicklungsländer). Hier werden zwar im Anschluß an den Finanzierungsbeschluß der Kommission die den Finanzierungsabkommen entsprechenden Mittelbindungsanträge gestellt und dem Finanzkontrolleur zur vorherigen Erteilung des Sichtvermerks unterbreitet, doch weitere Einzelverpflichtungen (Verträge) bewirken unmittelbar - d.h. ohne vorherigen Mittelbindungsantrag und somit auch ohne buchmäßige Erfassung - eine Zahlungsanweisung. Zudem verzögert sich in der Regel die Durchführung der jeweiligen Maßnahme, so daß es zu den sogenannten "schlummernden Dossiers" kommt.

Der Rechnungshof weist in seiner Zuverlässigkeitserklärung darauf hin, daß die Rechnungen die Vorgänge deutlicher veranschaulichen müssen. Insbesondere stellt er fest, daß Rechnungen, aus denen nicht genau hervorgeht, inwieweit die im Finanzierungsbeschluß festgesetzte globale Mittelausstattung im Zuge der einzelnen Verträge in Anspruch genommen worden ist, nicht als zuverlässig gelten können.

Auch angesichts der Tatsache, daß die Finanzielle Vorausschau infolge des geringeren Wirtschaftswachstums und vor allem des Rückgangs der Inflation gegebenenfalls nach unten korrigiert werden muß, ist eine zeitliche Angleichung und eine möglichst genaue Entsprechung zwischen Mittelbindungen und rechtlichen Verpflichtungen erforderlich.

8.2. Die einschlägigen Vorschriften entsprechen nicht den Erfordernissen einer wirtschaftlichen Haushaltsführung, wie sie in SEM 2000 definiert ist. Eine Änderung dieser Vorschriften stellt indessen ein schwieriges Unterfangen dar - um so mehr, als die Dienststellen Artikel 36 Absatz 2 der Haushaltsordnung und Artikel 53 der Durchführungsbestimmungen nicht einheitlich anwenden und ihre jeweiligen Verwaltungszwänge in den Vordergrund stellen (Strukturfonds, Forschung, Außenbeziehungen):

a) Strukturfonds: Nur der Entwurf für den Mehrjahresbeschluß der Kommission wird - ohne Mittelbindungsantrag - dem Finanzkontrolleur zur Genehmigung unterbreitet. Dieser erteilt seinen Sichtvermerk für Mittelbindungsanträge, die den einzelnen Jahrestranchen je Mitgliedstaat entsprechen und vom Rechnungsführer registriert werden; die Einzelprojekte fallen in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

b) Außenbeziehungen (Phare, Tacis, Meda usw.): Dem Finanzkontrolleur wird, bevor die Kommission ihren Beschluß erläßt, ein globaler Finanzierungsvorschlag zur Genehmigung unterbreitet. Die Mittelbindungsanträge für jedes Empfängerland werden dem Finanzkontrolleur erst nach Erlaß des Kommissionsbeschlusses zur Erteilung des Sichtvermerks unterbreitet. Bei den einzelnen Verträgen ergehen die Zahlungsanweisungen unmittelbar im Anschluß an eine Ausschreibung und ohne vorherige Mittelbindung.

c) Forschung: Dieser Bereich stellt insofern ein Sonderfall dar, als die spezifischen Programme zum Zeitpunkt des globalen Beschlusses weitgehend festliegen. Dem Beschlußentwurf ist daher ein Mittelbindungsantrag beigefügt, für den der Finanzkontrolleur in der Regel den Sichtvermerk erteilt. Sobald die Kommission ihren Beschluß erlassen hat, wird die globale Mittelbindung aufgehoben, und die entsprechenden Mittel werden wieder nach spezifischen Programmen gebunden, wobei diese Mittelbindungen dem Finanzkontrolleur zu unterbreiten sind. Dieses Verfahren ist zwar schwerfällig, erlaubt jedoch eine korrekte buchmäßige Erfassung der einzelnen Verträge.

8.3. Die bei Artikel 1 Absatz 7 und Artikel 7 Absatz 6 vorgeschlagenen Änderungen (Festsetzung von Fristen für die Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen sowie Aufhebung von Mittelbindungen und Rückforderung der Beträge in Höhe der nicht erfüllten Verpflichtung) bewirken lediglich eine Korrektur am Ende der Ablaufkette. Es bedarf daher einer Änderung, welche die Wurzel des Übels trifft.
Es wird daher vorgeschlagen, Artikel 36 Absatz 2 der Haushaltsordnung wie folgt zu ändern:

Der Grundsatzbeschluß der Kommission, mit dem sie eine globale Mittelausstattung gewährt, gilt weiterhin als Mittelbindung, für die der Finanzkontrolleur seinen Sichtvermerk erteilen muß, und die vom Rechnungsführer registriert wird (primäre Mittelbindung).

Hat die Kommission in ihrem Beschluß keine auf begründeten Antrag des Anweisungsbefugten festgesetzte Frist für die Durchführung der Maßnahme vorgesehen, sind die einzelnen Finanzierungsabkommen und Verträge bis zum Ende des Jahres n+1 (n= Jahr des Beschlusses) abzuschließen (sekundäre Mittelbindung) (Artikel 36 Absatz 2 Unterabsatz 1).

Dies dürfte eine hinreichende Frist sein, da es im Ermessen des Kollegiums liegt, längere Fristen einzuräumen.

Die sekundären Mittelbindungen werden vom Anweisungsbefugten buchmäßig erfaßt und auf die dem Grundsatzbeschluß der Kommission entsprechende Mittelbindung angerechnet (Artikel 36 Absatz 2 Unterabsatz 2).

Da der Finanzkontrolleur bereits seinen Sichtvermerk für die primäre Mittelbindung erteilt hat, ist es für die Zuverlässigkeit der Rechnungen nicht unbedingt erforderlich,

daß ihm auch die sekundären Mittelbindungsanträge vorgelegt werden. Es genügt daher, wenn die Anweisungsbefugten über SINCOM die einzelnen Finanzierungsabkommen und Verträge nach und nach buchmäßig erfassen, damit der Rechnungsführer jederzeit feststellen kann, in welcher Höhe die im Grundsatzbeschluß der Kommission festgelegte Mittelausstattung bereits in Anspruch genommen worden ist.

Nach Ablauf der Frist n+1 oder der von der Kommission festgesetzten Frist werden die nicht abgewickelten Mittelbindungen aufgehoben (Unterabsatz 3).

Artikel 109 Absatz 3, der auf Artikel 36 verweist, wird dementsprechend geringfügig angepaßt.

Die vorgeschlagenen Änderungen tragen zur Straffung der Haushaltsführung bei und berücksichtigen die Bedürfnisse aller betroffenen Anweisungsbefugten; die Einheitlichkeit der Vorschriften wird dadurch nicht beeinträchtigt, denn die derzeitigen Vorgehensweisen in den Bereichen Strukturfonds und Forschung stehen den neuen Bestimmungen nicht entgegen.

9. Zusätzliche Bestimmungen zum Verfahren der Hinwegsetzung über die Verweigerung des Sichtvermerks durch den Finanzkontrolleur

Da für dieses Verfahren keine Frist vorgesehen ist, wird es von einigen Anweisungsbefugten übermäßig - mitunter über das Haushaltsjahr hinaus, in dem der Sichtvermerk verweigert wurde -, hinausgezögert. Ein Beschluß der Kommission kann unter Umständen erst nach dem Rechnungsabschluß (31. März des Haushaltsjahres n+1) erfolgen, was buchtechnisch erhebliche Schwierigkeiten bereitet.

Es wird daher vorgeschlagen, Artikel 39 dahingehend zu ändern, daß dieser Situation abgeholfen wird.

10. Änderung der Bestimmungen über die Bestandsverzeichnisse

Diese Änderung ergibt sich unmittelbar aus der Einführung der Zuverlässigkeitserklärung. Die jeweiligen Aufgaben des Anweisungsbefugten und des Rechnungsführers in diesem Bereich müssen genau abgegrenzt werden, um die hier erforderliche Disziplin zu verstärken (Artikel 65). Zugleich ist für die besonderen Abschreibungsregeln auf die Durchführungsbestimmungen zu verweisen.

Die neuen Bestimmungen werden zwecks Transparenz und Zuverlässigkeit der Bestandsverzeichnisse bestimmte Buchungsvorgänge erfordern, die sich jedoch nicht auf den Mittelzu- und -abfluß auswirken, sondern lediglich in der Haushaltsrechnung und in der Vermögensübersicht ausgewiesen werden.

11. **Änderung der Frist für die Einreichung von Anträgen auf Mittelübertragung von Kapitel zu Kapitel bei der Haushaltsbehörde**

Artikel 104 Absatz 2 der Haushaltsordnung sieht vor, daß die Kommission der Haushaltsbehörde spätestens einen Monat vor dem 31. Januar des folgenden Haushaltsjahres Mittelübertragungen von Kapitel zu Kapitel vorschlagen kann.

Die Kommission hat in ihrer Antwort auf die Bemerkungen des Rechnungshofes[2] darauf hingewiesen, daß die in Artikel 104 vorgesehenen Fristen wenig realistisch sind. Der Artikel ist also dahingehend zu ändern, daß die Kommission ihren Antrag auf Mittelübertragung spätestens 21 Tage vor dem 31. Januar des folgenden Haushaltsjahres übermitteln kann.

12. **Überarbeitung von Titel IX der Haushaltsordnung (Außenhilfe)**

Im Zuge der ersten Serie von Änderungen der Haushaltsordnung (Auswirkungen des Vertrags von Maastricht) hat die Kommission sich verpflichtet, die Bestimmungen dieses Titels eingehend zu prüfen und bis Ende 1995 Änderungsvorschläge zu unterbreiten, um die Kriterien hinsichtlich Transparenz, Veröffentlichung und Wettbewerb, die in den Richtlinien des Rates über die Auftragsvergabe und in den einschlägigen, von der Europäischen Gemeinschaft unterzeichneten internationalen Übereinkommen niedergelegt sind, in die Haushaltsordnung zu integrieren. In den Fällen, in denen die Kommission als Auftraggeberin Aufträge in eigener Sache vergibt, muß sie lediglich der Praxis der Mitgliedstaaten in der gleichen Situation folgen. Dies kann dadurch erreicht werden, daß der Anwendungsbereich von Titel IX Abschnitt III genau abgegrenzt wird (Artikel 112).

---

2 Ziff. 3.16 und 3.17 im Sonderbericht zur Zuverlässigkeitserklärung über die Tätigkeiten im Rahmen des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1994, ABl. Nr. C 352 vom 30. Dezember 1995, Seite 71.

VERORDNUNG **(EURATOM, EGKS, EG)** des Rates

zur Änderung der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere auf Artikel 78h,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 209,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 183,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Rechnungshofs,

nach Stellungnahme des Parlaments,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften[1] , nachstehend "Haushaltsordnung", ist zu ändern, um insbesondere die Haushaltsführung der Organe zu verbessern.

Bei der Abwicklung der Mittelbindungen sind mitunter beträchtliche Verzögerungen festzustellen; es bedarf daher einer verstärkten Überwachung der noch nicht abgewickelten Mittelbindungen.

Die Weiterübertragung der Zeichnungsbefugnis ist strengstens zu kontrollieren; insbesondere ist die disziplinarrechtliche und gegebenfalls finanzielle Verantwortlichkeit der Bediensteten vorzusehen, die Befugnisse ausgeübt haben, die ihnen nicht übertragen oder weiterübertragen worden sind, oder die nicht im Rahmen der ihnen ausdrücklich übertragenen Befugnisse tätig geworden sind .

Die Durchführung von Gemeinschaftsprogrammen im Wege der Auftragsvergabe muß durch Bestimmungen geregelt werden, welche die Transparenz der Vorgänge gewährleisten und das Verfahren zur buchmäßigen Erfassung erwirtschafteter Mittel, die zur Finanzierung der betreffenden Programme eingesetzt werden können, regeln.

---

1 ABl. Nr. L 356 vom 31.12.1977, Seite 1; zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2335/95 des Rates vom 18. September 1995 (ABl. Nr. L 240 vom 7.10.1995, Seite 12).

Dem Finanzkontrolleur obliegt die Innenrevision in seiner Institution. Er ist daher zu konsultieren, wenn die Systeme zur Erstellung der Bestandsverzeichnisse und die von den Anweisungsbefugten eingesetzten Rechnungsführungssysteme geändert oder neue Systeme eingeführt werden. Ebenso ist ihm die Analyse der Haushaltsführung zu unterbreiten.

Den Erfordernissen der elektronischen Rechnungsführung ist Rechnung zu tragen.

Das Buchungssystem ist zu verbessern.

In die Haushaltsordnung sind Bestimmungen über die buchmäßige Erfassung der traditionellen Eigenmittel einzufügen, die gegenüber den anderen Eigenmitteln (MwSt. und BSP) besondere Merkmale aufweisen.

Es ist dafür Sorge zu tragen, daß die vom Organ eingegangenen rechtlichen Verpflichtungen und die Mittelbindungen, die dem Finanzkontrolleur unterbreitet und im Zentralen Rechnungsführungssystem registriert werden, einander genau entsprechen. In den Fällen, in denen die Grundsatzbeschlüsse der Kommission als Mittelbindung gelten, sollte ein vertretbare Frist für die Erfüllung der rechtlichen Verpflichtung eingeräumt werden.

Für den Fall, daß sich der Anweisungsbefugte über die Verweigerung des Sichtvermerks der Finanzkontrolle hinwegsetzt, sind zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Verfahrensablaufs bestimmte Fristen vorzusehen.

Mit Blick auf die Zuverlässigkeitserklärung ist es unerläßlich, die bei den Bestandsverzeichnissen erforderliche Disziplin durch eine genaue Festlegung der Aufgaben des Anweisungbefugten und des Rechnungsführers zu verstärken.

Es empfiehlt sich, das Verfahren der Mittelübertragung von Kapitel zu Kapitel im Rahmen des EAGFL,Garantie dahingehend anzupassen, daß der Kommission eine zusätzliche Frist für die Vorlage ihrer Mittelbindungsanträge eingeräumt wird.

Titel IX der Haushaltsordnung ist an die Kriterien anzupassen, die hinsichtlich Transparenz, Veröffentlichung und Wettbewerb in den Richtlinien des Rates über das öffentliche Auftragswesen und in den von der Gemeinschaft unterzeichneten internationalen Übereinkommen niedergelegt sind.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Haushaltsordnung wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 7 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

"(7) Bei rechtlichen Verpflichtungen, die für Maßnahmen eingegangen worden sind, deren Durchführung sich über mehr als ein Haushaltsjahr erstreckt, ist ein Durchführungstermin festzulegen. Dieser Termin ist in den Mittelbindungsanträgen anzugeben und dem Begünstigten in geeigneter Form mitzuteilen. Mittelbindungen, die sechs Monate nach Überschreitung dieses Termins nicht abgewickelt sind, werden gemäß Artikel 7 Absatz 6 aufgehoben."

b) In Absatz 7 wird ein vierter Unterabsatz angefügt:

"Die Anpassung des Termins erfolgt nach dem für den Mittelbindungsantrag geltenden Verfahren und ist dem Begünstigten durch einen Vertragszusatz oder auf eine andere, juristisch geeignete Art und Weise mitzuteilen."

2. Artikel 7 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Buchstabe a erster Gedankenstrich erhält folgende Fassung:

"die Beträge, die Vorgängen entsprechen, die zum 31. Dezember praktisch abgeschlossen sind, für die jedoch noch keine Mittelbindung vorgenommen werden konnte, sind grundsätzlich bis zum 31. März zu binden;"

b) Absatz 6 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

"Werden bei den Haushaltslinien, bei denen zwischen Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen unterschieden wird, in den Haushaltsjahren, die auf das Haushaltsjahr folgen, für das die Mittel in den Haushaltsplan eingesetzt worden sind, Mittelbindungen aufgehoben, weil die Durchführung der betreffenden Vorhaben ganz oder teilweise entfällt, so werden die entsprechenden Mittel in der Regel in Abgang gestellt. Rechtsgrundlos gezahlte Beträge sind zurückzufordern."

3. Artikel 22 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 4 wird ein vierter Unterabsatz angefügt:

"Beamte oder Bedienstete, die Mittelbindungen oder Zahlungen anordnen, ohne dazu durch Befugnisübertragung oder -weiterübertragung ermächtigt zu sein, oder die außerhalb des Rahmens der ihnen ausdrücklich übertragenen Befugnisse tätig werden, können gemäß Titel V disziplinarisch belangt und gegebenenfalls zum Schadenersatz verpflichtet werden."

b) Es wird folgender Absatz eingefügt:

"(4a) Gibt die Kommission die Durchführung bestimmter Programme in Auftrag, so müssen die entsprechenden Verträge Bestimmungen enthalten, welche die Transparenz der Vorgänge im Rahmen der Auftragsvergabe entsprechend den Durchführungsbestimmungen gemäß Artikel 139 gewährleisten.

Erbringen die Zahlungen an den Auftragnehmer Zinseinnahmen, die zur Finanzierung der betreffenden Programme eingesetzt werden können, so wird wie folgt verfahren:

- die Zinserträge werden in regelmäßigen Zeitabständen, höchstens aber halbjährlich, eingefordert und im Einnahmenplan verbucht;
- gleichzeitig werden Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen in entsprechender Höhe im Ausgabenplan bei der Haushaltslinie eingestellt, bei der die ursprüngliche Ausgabe verbucht war."

4. In Artikel 24 erhalten Absatz 4 und 5 folgende Fassung:

"Der Finanzkontrolleur muß konsultiert werden, wenn die Buchungssysteme und die Systeme zur Erstellung der Bestandsverzeichnisse des Organs, dem er angehört, sowie Rechnungsführungsysteme für die Anweisungsbefugten eingeführt oder geändert werden. Er hat Zugang zu allen Daten dieser Systeme.

Der Finanzkontrolleur nimmt die Kontrolle anhand der Ausgaben- und Einnahmenbelege sowie erforderlichenfalls an Ort und Stelle vor. Ihm obliegt die Innenrevision seiner Institution, entsprechend den Durchführungsbestimmungen gemäß Artikel 139 gewährleisten."

5. In Artikel 25 wird nach dem vierten Unterabsatz folgender Unterabsatz eingefügt:

"Der Rechnungsführer ist bei der Einsetzung oder Änderung der von den Anweisungsbefugten verwendeten Rechnungsführungssysteme zu konsultieren, wenn die Daten dieser Systemen in das Zentrale Rechnungsführungssystem eingegeben werden. Auf Antrag wird ihm Zugang zu diesen Daten gewährt."

6. Artikel 27 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 wird der Buchstabe f) gestrichen; die Buchstaben g) und h) werden zu f) und g).

b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz eingefügt:

"(3) Abweichend von Artikel 4 werden die Preise der an die Gemeinschaften gelieferten Erzeugnisse und der ihr erbrachten Dienstleistungen, in denen Steuern enthalten sind, die von den Mitgliedstaaten aufgrund des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen erstattet werden, als Nettobeträge erfaßt.

Die Erstattungen der vorgenannten Steuern werden getrennt ausgewiesen.

c) Die Absätze 3 und 4 werden zu 4 bzw. 5 umnumeriert.

d) In Absatz 5, der zu Absatz 6 umnumeriert wird, werden die dort genannten Buchstaben g) und h) zu f) und g).

7. In Artikel 28 wird folgender Absatz angefügt:

"(3) Abweichend von Absatz 1 ist für die Eigenmittel nach Artikel 2 Absatz 1 und 2 des Beschlusses des Rates 94/728, die von den Mitgliedstaaten zu bestimmten Fälligkeitsterminen abgeführt werden, kein Antrag erforderlich, bevor sie der Kommission von den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden. Sie sind Gegenstand einer Einziehungsanordnung durch den zuständigen Anweisungsbefugten.

Für die Einnahmen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a) und b) des genannten Beschlusses erfolgt die Ausstellung der Einziehungsanordnungen auf der Grundlage der monatlichen Übersichten über die festgestellten Ansprüche, welche die Mitgliedstaaten der Kommission übermitteln.

Die Einziehungsanordnungen werden dem Finanzkontrolleur zwecks Erteilung des Sichtvermerks zugeleitet. Nach Erteilung des Sichtvermerks werden sie vom Rechnungsführer entsprechend den Durchführungsbestimmungen gemäß Artikel 139 registriert."

8. Artikel 36 wird wie folgt geändert:

a) *(entfällt für die deutsche Fassung);*

b) Die Absätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

"(2) Beschlüsse der Kommission gemäß den Bestimmungen, die sie zur Gewährung finanzieller Hilfen im Rahmen der verschiedenen Fonds oder Maßnahmen ermächtigen, gelten unbeschadet des Artikels 99 als Mittelbindungen. Ausgenommen in den Fällen, in denen in Anwendung der vorgenannten Bestimmung andere Durchführungsfristen im Beschluß vorgesehen sind, decken diese Mittelbindungen die Gesamtkosten der entsprechenden vertraglichen Verpflichtungen bis zum 31. Dezember des Jahres n+1 ab.

Während des im ersten Unterabsatz genannten Durchführungszeitraums wird jede vertraglich eingegangene Verpflichtung durch den Anweisungsbefugten im Zentralen Rechnungsführungssystem erfaßt und auf die Mittelbindung gemäß Unterabsatz 1 angerechnet.

Nach Ablauf der Durchführungsfrist werden die nicht abgewickelten Mittelbindungen aufgehoben.

(3) Die Vorschriften für die Anwendung von Absatz 1 und 2 müssen die genaue buchmäßige Erfassung der Mittelbindungen und Auszahlungsanordnungen entsprechend dem tatsächlichen Bedarf und die Überwachung der Entsprechung zwischen den einzelnen vertraglichen Verpflichtungen und der im Beschluß der Kommission vorgesehenen globalen Mittelbindung ermöglichen. Sie werden in den Durchführungsbestimmungen gemäß Artikel 139 festgelegt."

9. In Artikel 39 erhalten die Absätze 2 und 3 folgende Fassung:

"Verweigert der Finanzkontrolleur eines der Organe nach Artikel 22 Absatz 1 und 2 den Sichtvermerk und hält der Anweisungsbefugte seinen Antrag aufrecht, so ist dieser Antrag binnen zwei Monaten nach der Verweigerung des Sichtvermerks der höchsten Stelle des betreffenden Organs zur Entscheidung vorzulegen.

Außer in Fällen, in denen die Verfügbarkeit der Mittel in Frage steht, kann sich die betreffenden höchste Stelle durch einen hinreichend begründeten Beschluß und auf ihre alleinige Verantwortung über die Verweigerung des Sichtvermerks hinwegsetzen. Dieser Beschluß ist rückwirkend zum Zeitpunkt der Verweigerung des Sichtvermerks auszuführen. Er ergeht spätestens am 15. Februar des Jahres n+1. Er wird dem Finanzkontrolleur mitgeteilt. Der Rechnungshof wird innerhalb eines Monats von diesen Beschlüssen unterrichtet."

10. Artikel 44 dritter Gedankenstrich erhält folgende Fassung:

"- den zu zahlenden Betrag (in Ziffern und ausgeschrieben) in Ecu oder in Landeswährung; bei elektronisch übermittelten Zahlungsanweisungen an Banken jedoch müssen die Beträge nicht ausgeschrieben werden;"

11. In Artikel 65 werden drei Absätze angefügt:

"Das System zur Aufstellung der Bestandsverzeichnisse, das der Anweisungsbefugte mit technischer Unterstützung und unter der technischen Aufsicht des Rechnungsführers einsetzt, muß dem Zentralen Rechnungsführungssystem alle Daten liefern, die zur Erstellung der Vermögensübersicht erforderlich sind.

Zu diesem Zweck werden die Bestandsverzeichnis- und Rechnungsführungssysteme so gestaltet, daß eine Entsprechung der jeweiligen Daten sowie die Überprüfbarkeit der Vorgänge vom Zeitpunkt des Erwerbs eines Gegenstands bis zu seiner Aussonderung gewährleistet ist.

Jedes Organ legt seine eigenen Vorschriften über die Erhaltung der in seinen Vermögensübersichten ausgewiesenen Gegenstände fest und bestimmt die dafür zuständigen Verwaltungsstellen."

12. Artikel 70 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird das Wort "Haushaltskonten" durch "Aufwands- und Ertragskonten" ersetzt.

b) In Absatz 2 erhält Buchstabe a) folgende Fassung:

"a) den Aufwands- und Ertragskonten, bei denen unterschieden wird zwischen:

-den Konten für Haushaltsausgaben und -einnahmen, die es erlauben, die Ausführung des Haushalts zu verfolgen und den Haushaltssaldo eines Jahres zu errechnen, und

- den Konten für nichtbudgetäre Ausgaben und Einnahmen, die mit ersteren zusammen die Ermittlung eines erweiterten Rechnungsergebnisses ermöglichen;"

13. Es wird folgender Artikel eingefügt:

"Artikel 70 a

Für die buchmäßige Erfassung der Wertminderung der Aktiva sind die in den Durchführungsbestimmungen nach Artikel 139 enthaltenen Vorschriften über die Abschreibung und die Bildung von Rückstellungen maßgeblich."

14. Artikel 79 erhält folgende Fassung:

"Spätestens am 1. März übermittelt jedes Organ der Kommission die zur Erstellung der Haushaltsrechnung und der Vermögensübersicht erforderlichen Angaben sowie einen Beitrag zur Analyse der Haushaltsführung gemäß Artikel 80; diese Informationen sind zuvor dem Finanzkontrolleur zu unterbreiten."

15. In Artikel 104 Absatz 2 wird der Ausdruck "einen Monat" durch den Ausdruck "21 Tage" ersetzt.

16. In Artikel 109 erhält Absatz 3 folgende Fassung:

"Der Begünstigte legt der Kommission das Ergebnis der Auswertung der Angebote zusammen mit einem Vorschlag für die Vergabe des Auftrags zur Genehmigung vor. Er unterzeichnet die Aufträge, Verträge, Vertragszusätze und Kostenvoranschläge und setzt die Kommission hiervon in Kenntnis. Die Kommission nimmt gegebenenfalls für die einzelnen Aufträge, Vertragszusätze und Kostenvoranschläge Mittelbindungen nach den Verfahren gemäß Artikel 36 bis 39 vor. Diese Mittelbindungen werden gemäß Artikel 36 Absatz 2 Unterabsatz 2 auf die den Finanzierungsabkommen nach Artikel 106 Absatz 2 entsprechenden Mittelbindungen angerechnet."

17. Artikel 112 erhält folgende Fassung:

"Abweichend von Titel IV findet dieser Abschnitt Anwendung auf die Fälle, in denen die Kommission im Rahmen der aus dem Haushalt der Europäischen Gemeinschaften finanzierten Außenhilfen Auftraggeberin bei der Vergabe von Bau-, Liefer- oder Dienstleistungsaufträgen ist, die nicht unter die Richtlinien des Rates zur Koordinierung der Verfahren für die Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen oder das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen im Rahmen der WTO fallen."

18. Artikel 113 erhält folgende Fassung:

"Das Verfahren, das bei der Vergabe von Bau-, Liefer- oder Dienstleistungsaufträgen, die zugunsten der Begünstigten von Außenhilfen aus dem Gemeinschaftshaushalt finanziert werden, anzuwenden ist, wird in dem Finanzierungsabkommen oder im Vertrag unter Berücksichtigung der nachstehend aufgeführten Grundsätze festgelegt."

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am siebten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu .....

Im Namen des Rates

Der Präsident

ANNEXE

REGLEMENT FINANCIER APPLICABLE AU BUDGET GENERAL DES COMMUNAUTES EUROPEENNES (*)

7ÈME TRAIN

PROJET DE REVISION CONCERNANT SEM 2000

(*) modifié en dernier lieu par le règlement (CE, Euratom, CECA) n° 2335/95 du Conseil, du 18 septembre 1995 (JO n° L 240 du 7.10.95, p. 12)

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article premier	**Article premier**	
paragraphes 1 à 6 : omissis	*paragraphes 1 à 6 : inchangés*	
7. Les obligations juridiques contractées pour des actions dont la réalisation s'étend sur plus d'un exercice comportent une date limite d'exécution qui doit être précisée vis-à-vis du bénéficiaire, selon la forme appropriée, lors de l'octroi de l'aide.	7. Les obligations juridiques contractées pour des actions, dont la réalisation s'étend sur plus d'un exercice, et les propositions d'engagement correspondantes comportent une date limite d'exécution. Cette date doit figurer dans les propositions d'engagement et être précisée vis-à-vis du bénéficiaire, selon la forme appropriée. Les parties de ces engagements, éventuellement, non exécutées six mois après cette date font l'objet d'un dégagement, conformément aux dispositions de l'article 7, § 6.	***Contrôle renforcé des engagements en cours (Date limite)***
		Tolérance
La détermination de cette date limite tiendra dûment compte de l'exigence de réalisation pluriannuelle des opérations financées, ainsi que des conditions spécifiques d'exécution par rapport aux différents domaines d'intervention.	La détermination de cette date limite tiendra dûment compte de l'exigence de réalisation pluriannuelle des opérations financées, ainsi que des conditions spécifiques d'exécution par rapport aux différents domaines d'intervention.	
La Commission peut, dans des circonstances particulières, adapter la date limite d'exécution de ces obligations, sur la base de justifications appropriées fournies par les bénéficiaires.	La Commission peut, dans des circonstances particulières, adapter la date limite d'exécution de ces obligations, sur la base de justifications appropriées fournies par les bénéficiaires.	
	Dans ce cas, l'adaptation de la date doit suivre la même procédure que la proposition d'engagement et être notifiée au bénéficiaire par avenant à son contrat ou par toute autre forme juridique appropriée.	***Dérogation***

Drucksache 645/96

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 7	**Article 7**	
L'utilisation des crédits est soumise aux règles suivantes :	L'utilisation des crédits est soumise aux règles suivantes :	
1. *(omissis)*	1. inchangé	
2. Sur les lignes budgétaires comportant la distinction entre crédits d'engagement et crédits de paiement : les crédits d'engagement et les crédits de paiement non utilisés à la fin de l'exercice pour lequel ils ont été inscrits sont en règle générale annulés. Toutefois, ils peuvent faire l'objet d'une décision de report, limité au seul exercice suivant, prise par la Commission au plus tard le 15 février conformément aux critères énumérés ci-après :	2. inchangé	
a) en ce qui concerne les crédits d'engagement :	a) en ce qui concerne les crédits d'engagement:	
- les montants qui correspondent aux dossiers dont la conclusion est pratiquement achevée au 31 décembre, mais qui n'ont pu encore être traduits dans des engagements comptables, ces montants devant en principe être engagés avant le 31 mars de l'année suivante,	- les montants **correspondant** aux dossiers dont la conclusion est pratiquement achevée au 31 décembre, mais qui n'ont pu encore être traduits dans des engagements comptables, **doivent** en principe être engagés avant le 31 mars de l'année suivante,	*modification purement rédactionnelle*
- les montants qui se révèlent nécessaires lorsque le Conseil a arrêté l'acte de base vers la fin de l'exercice, sans que la Commission ait pu engager avant le 31 décembre les crédits prévus à cette fin au budget ;	- les montants qui se révèlent nécessaires lorsque le Conseil a arrêté l'acte de base vers la fin de l'exercice, sans que la Commission ait pu engager avant le 31 décembre les crédits prévus à cette fin au budget;	
b) en ce qui concerne les crédits de paiement :	b) inchangé	
- les montants nécessaires pour couvrir des engagements antérieurs ou liés à des crédits d'engagement reportés, lorsque les crédits prévus sur les lignes concernées au budget de l'exercice suivant ne permettent pas de couvrir les besoins. La Commission, dans le cadre de ses compétences d'exécution, envisagera, en fonction des exigences de gestion, d'utiliser par priorité les crédits autorisés pour l'exercice en cours et n'aura recours aux crédits reportés qu'après épuisement des premiers.		
La Commission informe l'autorité budgétaire, au plus tard le 15 mars, de la décision prise, en précisant, par poste budgétaire, comment les critères convenus sont appliqués à chaque report.	inchangé	
Ne peuvent faire l'objet d'un report les crédits provisionnels.	inchangé	

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 7 - suite *(points 3 à 5 : omissis)* 6. Les dégagements, par suite de la non-exécution totale ou partielle des projets auxquels les crédits ont été affectés, sur les lignes budgétaires comportant la distinction entre crédits d'engagement et crédits de paiement, intervenant au cours des exercices ultérieurs par rapport à l'exercice pour lequel ces crédits ont été inscrits au budget, donnent lieu, en règle générale, à l'annulation des crédits correspondants. Toutefois, la reconstitution du crédit d'engagement correspondant au dégagement peut avoir lieu, à titre exceptionnel, lorsqu'il se révèle indispensable de réaliser le programme initialement envisagé, sauf si le budget de l'exercice en cours comporte des disponibilités à cette fin. A cette fin, la Commission, au début de chaque exercice, examine les dégagements intervenus au cours de l'exercice précédent et apprécie, en fonction des besoins, la nécessité de la reconstitution des crédits correspondants. La Commission prend cette décision avant le 15 février de chaque exercice. La Commission informe l'autorité budgétaire au plus tard le 15 mars de la décision prise, en précisant, par poste budgétaire, les raisons qui justifient chaque reconstitution de crédits. *(points 7 à 9 : omissis)*	Article 7 - suite *(points 3 à 5 : inchangés)* 6. Les dégagements, par suite de la non-exécution totale ou partielle des projets auxquels les crédits ont été affectés, sur les lignes budgétaires comportant la distinction entre crédits d'engagement et crédits de paiement, intervenant au cours des exercices ultérieurs par rapport à l'exercice pour lequel ces crédits ont été inscrits au budget, donnent lieu, en règle générale, à l'annulation des crédits correspondants. Par ailleurs, il y a lieu de procéder au recouvrement des montants éventuellement indûment payés. inchangé *(points 7 à 9 : inchangés)*	***Symétrie entre dégagements et recouvrements.***

Drucksache 645/96

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 22 1. La Commission exécute le budget conformément au présent règlement financier, sous sa propre responsabilité et dans la limite des crédits alloués. L'exécution des crédits inscrits au budget pour toute action communautaire significative nécessite l'arrêt préalable d'un acte de base, conformément à la procédure et aux dispositions du titre IV paragraphe 3 point c) de la déclaration commune du 30 juin 1982(1) 2. La Commission reconnaît au Parlement européen, au Conseil, à la Cour de justice, à la Cour des comptes, au Comité économique et social ainsi qu'au Comité des régions, les pouvoirs nécessaires à l'exécution des sections du budget qui les concernent. Le Comité économique et social et le Comité des régions délèguent, d'un commun accord, les pouvoirs d'ordonnateur au responsable administratif de la "partie C" de la structure organisationnelle commune et fixent les limites et les conditions de cette délégation. 3. Conformément à l'article 2, chaque institution prend les mesures appropriées, tant sur le plan de l'organisation que du suivi, afin d'assurer la réalisation des objectifs qu'elle s'est assignés.	**Article 22** paragraphes 1 à 3 : inchangés	

(1) JO n° C 194 du 28.7.1982, p. 1.

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 22 - suite	Article 22 - suite	
4. A l'exception des cas prévus aux articles 28, 29, 39, 48 et 52, relatifs aux décisions de passer outre, la Commission et chacune des autres institutions peuvent déléguer leurs pouvoirs d'exécution du budget dans les conditions déterminées par leurs règlements intérieurs et dans les limites qu'elles fixent dans l'acte de délégation.	4. A l'exception des cas prévus aux articles 28, 29, 39, 48 et 52, relatifs aux décisions de passer outre, la Commission et chacune des autres institutions peuvent déléguer leurs pouvoirs d'exécution du budget dans les conditions déterminées par leurs règlements intérieurs et dans les limites qu'elles fixent dans l'acte de délégation.	
Les délégataires ne peuvent agir que dans la limite des pouvoirs qui leur sont expressément conférés.	Les délégataires ne peuvent agir que dans la limite des pouvoirs qui leur sont expressément conférés.	
Les délégations doivent être notifiées à toutes les instances intéressées conformément aux modalités d'exécution prévue à l'article 139.	Les délégations doivent être notifiées à toutes les instances intéressées conformément aux modalités d'exécution prévue à l'article 139.	
	Tout agent qui procède à des actes d'ordonnancement des engagements ou des paiements sans avoir reçu délégation ou subdélégation ou en dehors des limites des pouvoirs qui lui sont expressément conférés engage sa responsabilité disciplinaire et, éventuellement, pécuniaire conformément aux dispositions du Titre V.	***Renforcement du contrôle des délégations du pouvoir d'exécution***

Drucksache 645/96

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 22 - suite	Article 22 - suite	
	4.bis Lorsque la Commission pour l'exécution de certains programmes fait recours à des formes de sous-traitance, les contrats conclus doivent comprendre toutes les dispositions appropriées pour assurer la transparence des opérations effectuées dans le cadre de la sous-traitance conformément aux modalités d'exécution prévues à l'article 139.	***Gestion rigoureuse de la sous-traitance***
	Dans le cas où les versements effectués aux sous-traitants produisent des intérêts utilisables pour le financement des programmes en question, il est procédé comme suit :	***possibilité générale d'existence d'intérêts, indépendamment de l'acte de base***
	- les intérêts produits par ces fonds font l'objet périodiquement, sur base d'échéances au maximum semestrielles, d'ordres de recouvrement donnant lieu à imputation à l'état des recettes;	***écriture comptable pour assurer l'inscription des sommes***
	- parallèlement, il est procédé à l'ouverture de crédits pour le montant correspondant, tant en engagements qu'en paiements, sur la ligne de l'état des dépenses qui a supporté la dépense initiale.	
5. Sauf dispositions contraires, le médiateur, le Comité économique et social et le Comité des régions sont assimilés, pour l'application du présent règlement, aux institutions des Communautés. En ce qui concerne la structure organisationnelle commune du Comité économique et social et du Comité des régions, il est établi une comptabilité analytique des dépenses, permettant de déterminer, sur la base de l'exécution, la quote-part des prestations fournies à chacun de ces deux organes.	5. inchangé	

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 24	**Article 24**	
Chaque institution nomme un contrôleur financier. Le Comité économique et social et le Comité des régions nomment d'un commun accord un contrôleur financier.	inchangé	
Il exerce ses fonctions conformément aux principes énoncés à l'article 2 et aux dispositions de l'article 22 paragraphe 3. Il fait rapport à son institution sur tout problème qu'il relève au sujet de la gestion des fonds communautaires.	inchangé	
Il est chargé du contrôle : - de l'engagement et de l'ordonnancement de toutes les dépenses, - de la constatation et du recouvrement de toutes les recettes.	inchangé	
Le contrôleur financier est obligatoirement consulté sur la mise en place des systèmes comptables de l'institution à laquelle il est attaché. Il a accès aux données de ces systèmes.	Le contrôleur financier est obligatoirement consulté sur la mise en place et la modification des systèmes comptables et des systèmes d'inventaire de l'institution à laquelle il est attaché ainsi que sur la mise en place et la modification des systèmes de gestion financière utilisés par les ordonnateurs. Il a accès aux données de ces systèmes.	***Elargissement des compétences du contrôleur financier***
Le contrôle effectué par cet agent a lieu sur les dossiers relatifs aux dépenses et aux recettes ainsi que sur place en cas de besoin.	Le contrôle effectué par cet agent a lieu sur les dossiers relatifs aux dépenses et aux recettes ainsi que sur place en cas de besoin. Le contrôleur financier exerce l'audit interne de l'institution, conformément aux modalités d'exécution prévues à l'article 139.	
(Alinéas 6, 7, 8 et 9 : omissis)	(Alinéas 6, 7, 8 et 9 : inchangés)	

Drucksache 645/96

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 25	**Article 25**	
Dans chaque institution, l'encaissement des recettes et le paiement des dépenses sont effectués par un comptable.	inchangé	
Le comptable est nommé par l'institution. Le Comité économique et social et le Comité des régions nomment d'un commun accord le comptable.	inchangé	
Sans préjudice du régime prévu aux articles 4 et 5 du règlement (CEE) n° 729/70 du Conseil, du 21 avril 1970, relatif au financement de la politique agricole commune[1], modifié en dernier lieu par le règlement (CEE) n° 2048/88[2], et sous réserve de l'article 53 second alinéa relatif aux modalités de paiement, de l'article 54 relatif aux régies d'avances et de l'article 111 relatif au financement des aides extérieures du présent règlement financier, le comptable est seul habilité pour le maniement de fonds et de valeurs. Il est responsable de leur conservation.	inchangé	
Le comptable est chargé de la préparation des états financiers prévus aux articles 78, 79, 80 et 81 du présent règlement financier.	inchangé	
	Le comptable est consulté sur la mise en place et la modification des systèmes comptables de gestion financière utilisés par les ordonnateurs, dans le cas où ces systèmes sont destinés à fournir des données à la comptabilité centrale. Il a accès, à sa demande, aux données de ces systèmes.	*Informatique* ***Symétrie avec les prérogatives du Contrôleur financier (art. 24 du R.F.)***
Il peut être assisté dans sa tâche par un ou plusieurs comptables subordonnés, nommés dans les mêmes conditions que le comptable.	inchangé	
Les règles particulières applicables au comptable et aux comptables subordonnés sont arrêtées dans le cadre des modalités d'exécution prévues à l'article 139.	inchangé	

(1) JO n° L 94 du 28.4.1970, p. 13.
(2) JO n° L 185 du 15.7.1988, p. 1

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 27	**Article 27**	
1. Par dérogation à l'article 4, peuvent être déduites du montant des mémoires, factures, ou états liquidatifs, qui, dans ce cas, sont ordonnancés pour le net :	1. inchangé	
a) les pénalités infligées aux titulaires de contrats ou de marchés;		
b) les régularisations de sommes indûment payées qui peuvent être opérées par voie de précompte à l'occasion d'une nouvelle liquidation de même nature effectuée au titre du chapitre, de l'article et de l'exercice qui ont supporté le trop payé;		
c) la valeur d'appareils et de matériels destinés à des fins scientifiques et techniques, ainsi que la valeur des véhicules, des matériels et des installations repris, conformément aux usages commerciaux, à l'occasion de l'acquisition d'appareils, de véhicules, de matériels et d'installations neufs de même nature.		
Il n'est pas fait recette distinctement des escomptes, ristournes et rabais déduits sur les factures et mémoires.		
2. Par dérogation aux articles 4 et 5, peuvent donner lieu à réemploi sur la ligne qui a supporté la dépense initiale :	2. inchangé	
a) les recettes provenant de la restitution des sommes payées indûment sur crédits budgétaires;	a) inchangé	
b) le produit de fournitures, prestations de services et travaux effectués en faveur d'autres institutions ou organismes, y compris le montant des indemnités de mission payées pour le compte d'autres institutions ou organismes et remboursées par ceux-ci;	b) inchangé	
c) le montant des indemnités d'assurances perçues;	c) inchangé	
d) les recettes provenant d'indemnités locatives;	d) inchangé	
e) les recettes provenant de la vente de publications et de films;	e) inchangé	
f) le montant des remboursements effectués par les Etats membres en vertu du protocole sur les privilèges et immunités des Communautés européennes en ce qui concerne les charges fiscales incorporées dans le prix des produits ou prestations fournis aux Communautés;	**transféré**	*le point f) du paragraphe 2. devient un nouveau paragraphe 3*

Drucksache 645/96

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
(art. 27 § 2 - suite)	(art. 27 § 2 - suite)	
g) les recettes provenant de fournitures, de prestations de service et de travaux effectués à titre onéreux;	f) inchangé	
h) le produit provenant de la vente des véhicules, des matériels et des installations, ainsi que d'appareils, de matériels et de matières à des fins scientifiques et techniques, cédés à l'occasion de leur renouvellement, ou de leur réforme.	g) inchangé	
Les opérations de réemploi doivent intervenir avant la fin de l'exercice qui suit celui au cours duquel la recette a été encaissée.	inchangé	
Le plan comptable prévoit des comptes d'ordre permettant de suivre les opérations de réemploi tant en recettes qu'en dépenses.	inchangé	
	3. Par dérogation à l'article 4, les prix des produits ou prestations fournis aux Communautés, incorporant des charges fiscales qui font l'objet d'un remboursement par les Etats membres en vertu du protocole sur les privilèges et immunités sont imputés budgétairement pour le net. Les remboursements des charges fiscales susmentionnées font l'objet d'un suivi séparé en comptabilité.	*nouveau paragraphe 3 reprenant le point f) du paragraphe 2, aménagé. Amélioration et simplification du système comptable*
3. Par dérogation à l'article 4 peuvent être imputés en diminution des dépenses les remboursements effectués par des tiers lorsque l'institution a effectué un paiement dont elle est juridiquement débitrice à l'égard des créanciers, mais dont tout ou partie du montant a été payé aux lieu et place de ces tiers.	4. inchangé	
4. Par dérogation à l'article 4, peuvent être compensées les différences de change enregistrées au cours de l'exécution budgétaire. Le résultat final, positif ou négatif, est repris au solde de l'exercice.	5. inchangé	
5. Dans les cas visés au paragraphe 1 point c) et au paragraphe 2 points b), d), e), g) et h), le réemploi et la déduction ne sont possibles que s'ils sont prévus dans les commentaires au budget. Des estimations des montants prévus pour le réemploi figurent dans le commentaire pour information. Les Institutions justifient les écarts entre ces estimations et les montants qui ont effectivement donné lieu au réemploi.	6. Dans les cas visés au paragraphe 1 point c) et au paragraphe 2 points b), d), e), f) et g), le réemploi et la déduction ne sont possibles que s'ils sont prévus dans les commentaires au budget. .....(inchangé).....	

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 28	**Article 28**	
1. Toute mesure ou situation de nature à engendrer ou à modifier une créance des Communautés doit faire préalablement l'objet d'une prévision de créance de la part de l'ordonnateur compétent. Ces prévisions sont transmises au contrôleur financier de l'institution pour visa et au comptable en vue de l'enregistrement pour mémoire. Elles mentionnent notamment la nature et l'imputation budgétaire de la recette, ainsi que, dans la mesure du possible, l'évaluation du montant et la désignation du débiteur. Le visa du contrôleur financier a pour objet de constater : a) l'exactitude de l'imputation ; b) la régularité et la conformité de la prévision au regard des dispositions applicables, notamment du budget et des règlements ainsi que de tout acte pris en exécution des traités et des règlements, et des principes de bonne gestion financière visés à l'article 2. Le contrôleur financier peut refuser son visa si, à son avis, les conditions visées au troisième alinéa points a) et b) ne sont pas remplies. L'autorité supérieure de l'institution peut, par une décision dûment motivée, prise sous sa seule responsabilité, passer outre. Cette décision revêt un caractère exécutoire ; elle est communiquée pour information au contrôleur financier. L'autorité supérieure de chaque institution informe la Cour des comptes, dans le délai d'un mois, de chacune de ces décisions.	1. inchangé	
2. Toute créance identifiée comme certaine, liquide et exigible doit faire l'objet, de la part de l'ordonnateur compétent, d'une constatation de créance et d'un ordre de recouvrement qui, accompagnés des pièces justificatives, sont adressés pour visa préalable au contrôleur financier. Ces créances font l'objet, après visa de celui-ci, d'un enregistrement par le comptable conformément aux modalités d'exécution prévues à l'article 139.	2. inchangé	

Drucksache 645/96

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 28 § 2 - suite Certaines recettes courantes peuvent faire l'objet de constatations prévisionnelles. Ces constatations prévisionnelles ainsi que leurs modifications intervenant avant la clôture de l'exercice sont soumises au visa du contrôleur financier, conformément aux modalités d'exécution prévues à l'article 139. Le visa a pour objet de constater : a) l'exactitude de l'imputation budgétaire ; b) la régularité et la conformité de l'ordre au regard des dispositions applicables; c) la régularité des pièces justificatives ; d) l'exactitude de la désignation du débiteur ; e) la date d'échéance ; f) la concordance avec la bonne gestion financière visée à l'article 2 ; g) l'exactitude du montant et de la devise de recouvrement. En cas de refus de visa, le paragraphe 1 cinquième alinéa est applicable.	Article 28 - suite inchangé 3. Par dérogation aux dispositions du paragraphe 1, les ressources propres définies à l'article 2 paragraphes 1 et 2 de la décision du Conseil 94/728, versées à échéances fixes par les Etats membres, ne font pas l'objet d'une prévision de créance préalable à la mise directe à la disposition de la Commission des montants par les Etats membres. Elles font l'objet, de la part de l'ordonnateur compétent, d'un ordre de recouvrement. Pour les recettes relatives à l'article 2 paragraphe 1 points a) et b) de ladite décision, les ordres de recouvrement sont établis sur la base des relevés mensuels des droits constatés par les Etats membres et transmis par ceux-ci à la Commission. Les ordres de recouvrement sont adressés pour visa au contrôleur financier. Après visa de celui-ci, ils sont enregistrés par le comptable conformément aux modalités d'exécution prévue à l'article 139.	***Prise en compte des ressources propres traditionnelles***

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 36	**Article 36**	
1. Pour toute mesure de nature à provoquer une dépense à la charge du budget, l'ordonnateur doit établir préalablement une proposition d'engagement et ne peut procéder à des engagements juridiques vis-à-vis de tiers qu'après que le contrôleur financier ait octroyé son visa. Les dépenses courantes peuvent faire l'objet d'un engagement prévisionnel.	1. Pour toute mesure de nature à provoquer une dépense à la charge du budget, l'ordonnateur doit établir préalablement une proposition d'engagement et ne peut procéder à des engagements juridiques vis-à-vis de tiers qu'après que le contrôleur financier ait octroyé son visa. Les dépenses courantes peuvent faire l'objet d'un engagement **provisionnel**.	
2. Valent engagement de dépenses les décisions prises par la Commission conformément aux dispositions qui l'autorisent à accorder un soutien financier au titre des différents fonds ou d'actions analogues, sans préjudice de l'article 99.	2. Valent engagement de dépenses les décisions prises par la Commission conformément aux dispositions qui l'autorisent à accorder un soutien financier au titre des différents fonds ou actions, sans préjudice de l'article 99. Sauf si, en application des dispositions visées ci-dessus, ces décisions prévoient un délai d'exécution différent, lesdits engagements couvrent jusqu'au 31 décembre de l'année n+1 le coût total des engagements juridiques individuels y afférents. Pendant la période d'exécution visée au premier alinéa, la conclusion de chaque engagement juridique individuel fait l'objet d'un enregistrement, par l'ordonnateur, dans la comptabilité centrale, en imputation de l'engagement visé au premier alinéa. Après le délai fixé, le solde non exécuté est dégagé.	***Correspondance entre engagements juridiques et budgétaires et contrôle des engagements en cours***
3. Les conditions d'exécution des paragraphes 1 et 2 sont déterminées par les modalités d'exécution prévues à l'article 139. Elles doivent permettre d'assurer, d'après les besoins réels, l'exacte comptabilisation des engagements et des ordonnancements.	3. Les conditions d'exécution des paragraphes 1 et 2 doivent permettre d'assurer, d'après les besoins réels, l'exacte comptabilisation des engagements et des ordonnancements et le suivi de la correspondance entre les engagements juridiques spécifiques et l'engagement budgétaire global prévu par la décision de la Commission. Elles sont déterminées par les modalités d'exécution prévues à l'article 139.	***Articles 51 et suivants des Modalités d'exécution. Surtout art. 53 modifié.***

Recherche 645/96

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 39 Le contrôleur financier peut refuser son visa si, à son avis, les conditions visées à l'article 38 paragraphe 1 ne sont pas remplies. Tout refus doit faire l'objet d'une observation écrite dûment motivée. Il est signifié à l'ordonnateur. En cas de refus de visa et si l'ordonnateur maintient sa proposition, l'autorité supérieur de celle des institutions visées aux premier et deuxième paragraphes de l'article 22 qui est concernée est saisie pour décision. Hormis les cas où la disponibilité des crédits est en cause, ladite autorité supérieure peut, par une décision dûment motivée, prise sous sa seule responsabilité, passer outre au refus de visa. Cette décision a effet exécutoire; elle est communiquée pour information au contrôleur financier. L'autorité supérieure de chaque institution informe la Cour des comptes, dans le délais d'un mois, de chacune de ces décisions.	**Article 39** inchangé En cas de refus de visa et si l'ordonnateur maintient sa proposition, l'autorité supérieur de celle des institutions visées aux premier et deuxième paragraphes de l'article 22 qui est concernée est saisie pour décision, dans un délai de deux mois à compter de la date dudit refus. Hormis les cas où la disponibilité des crédits est en cause, ladite autorité supérieure peut, par une décision dûment motivée, prise sous sa seule responsabilité, passer outre au refus de visa. Cette décision est exécutoire avec effet à partir de la date du refus de visa. Elle doit être prise, au plus tard, le 15 février de l'année n+1. Elle est communiquée pour information au contrôleur financier. L'autorité supérieure de chaque institution informe la Cour des comptes, dans le délais d'un mois, de chacune de ces décisions.	***Resserrement de la procédure pour passer-outre au refus de visa du CF***

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 44	**Article 44**	
L'ordre de paiement doit mentionner:	L'ordre de paiement doit mentionner:	
- l'exercice d'imputation,	- l'exercice d'imputation,	
- l'article du budget et, éventuellement, toute autre subdivision nécessaire,	- l'article du budget et, éventuellement, toute autre subdivision nécessaire,	
- la somme à payer en chiffres et en toutes lettres, exprimée en écus ou en monnaie nationale,	- la somme à payer en chiffres et en toutes lettres, exprimée en écus ou en monnaie nationale. Toutefois, lorsque les ordres de paiement sont transmis aux banques selon des procédures informatisées, l'expression du montant en toutes lettres n'est pas requise.	*Informatique*
- le nom et l'adresse du bénéficiaire,	- le nom et l'adresse du bénéficiaire,	
- l'objet de la dépense,	- l'objet de la dépense,	
- dans la mesure du possible, le mode de paiement.	- dans la mesure du possible, le mode de paiement.	
L'ordre de paiement est daté et signé par l'ordonnateur.	L'ordre de paiement est daté et signé par l'ordonnateur.	

Drucksache 645/96

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 65	**Article 65**	
Il est tenu en nombre et en valeur, conformément au modèle arrêté par la Commission, des inventaires permanents de tous les biens meubles et immeubles constituant les patrimoines des Communautés. Seuls sont inscrits à ces inventaires les biens meubles dont la valeur dépasse un montant fixé par les modalités d'exécution prévues à l'article 139.	inchangé	
Chaque institution fait vérifier par ses propres services la concordance entre les écritures d'inventaire et la réalité conformément aux modalités d'exécution prévues à l'article 139.	inchangé	
	Le système d'inventaire établi et géré par l'ordonnateur avec l'assistance technique et sous la surveillance du Comptable, doit fournir au système central de la comptabilité les informations pertinentes nécessaires à l'établissement du bilan financier de l'institution. A cet effet, les systèmes d'inventaire et de comptabilité sont organisés pour assurer la concordance de leurs informations respectives et garantir l'auditabilité des transactions depuis l'acquisition d'un bien, son inscription à l'inventaire et son déclassement ou sa mise au rebut. Les institutions arrêtent chacune pour ce qui les concerne les dispositions relatives à la conservation des biens repris dans leurs bilans respectifs et déterminent les services administratifs responsables de celui-ci.	***Discipline dans la gestion des inventaires***

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 70	**Article 70**	
Le plan comptable établit une distinction entre comptes budgétaires et comptes de bilan.	Le plan comptable établit une distinction entre comptes de charges et produits, et comptes de bilan.	
Il comprend deux parties :	Il comprend deux parties :	
a) les comptes de produits et de charges budgétaires qui permettent de suivre le détail de l'exécution du budget ;	a) les comptes de produits et de charges qui se subdivisent en deux catégories distinctes : - les comptes de charges et produits budgétaires qui permettent de suivre l'exécution du budget et de dégager le solde de l'exercice budgétaire, - les comptes de charges et produits non budgétaires qui s'ajoutent à la catégorie précédente permettant de dégager un résultat comptable élargi ;	*Amélioration du système comptable*
b) les comptes de bilan qui permettent d'établir la situation patrimoniale des institutions. Ces comptes font apparaître l'incidence prévisionnelle des obligations juridiques des Communautés.	b) inchangé	
Les conditions détaillées d'établissement et de fonctionnement du plan comptable, tant pour les opérations patrimoniales que pour les opérations budgétaires, sont déterminées par les modalités d'exécution prévues à l'article 139.	3ème, 4ème et 5ème alinéas : inchangés	
La comptabilité doit permettre l'établissement d'une balance patrimoniale annuelle et d'une situation mensuelle par chapitre et article des recettes et dépenses budgétaires.		
Ces situations sont transmises au contrôleur financier, à l'ordonnateur et à la Cour des comptes.	**Article 70 bis**	*Idem*
	En ce qui concerne la prise en compte de la dépréciation des éléments d'actif, les règles d'amortissement et de constitution de provisions sont déterminées par les modalités d'exécution prévues à l'article 139.	*Aucune implication sur les flux budgétaires. Exclusivement des écritures comptables.*

Drucksache 645/96

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 79 Chaque institution communique à la Commission, pour le 1er mars au plus tard, les données qui lui sont nécessaires en vue de l'établissement du compte de gestion et du bilan financier, après les avoir soumises à son contrôleur financier, ainsi qu'une contribution à l'analyse de la gestion financière visée à l'article 80.	**Article 79** Chaque institution communique à la Commission, pour le 1er mars au plus tard, les données qui lui sont nécessaires en vue de l'établissement du compte de gestion et du bilan financier, ainsi qu'une contribution à l'analyse de la gestion financière visée à l'article 80, après les avoir soumises à son contrôleur financier.	***Soumission aussi de l'analyse de la gestion financière au contrôleur financier***

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 104	**Article 104**	
1. A l'intérieur de chaque chapitre, les virements d'article à article sont effectués par décision de la Commission, prise au plus tard le 31 janvier, selon la procédure prévue à l'article 13 du règlement (CEE) n° 729/70.	inchangé	
La Commission informe l'autorité budgétaire de ces virements.		
2. La Commission peut proposer à l'autorité budgétaire, au plus tard un mois avant le 31 janvier de l'exercice suivant, des virements de crédits de chapitre à chapitre. Le Conseil, après consultation du Parlement, statue à la majorité qualifiée dans un délai de trois semaines. Le Parlement rend son avis en temps utile pour permettre au Conseil d'en prendre connaissance et de statuer dans le délai indiqué. A défaut d'une décision du Conseil dans ce délai, les propositions de virement sont réputées approuvées.	2. La Commission peut proposer à l'autorité budgétaire, au plus tard 21 jours avant le 31 janvier de l'exercice suivant, des virements de crédits de chapitre à chapitre. Le Conseil, après consultation du Parlement, statue à la majorité qualifiée dans un délai de trois semaines. Le Parlement rend son avis en temps utile pour permettre au Conseil d'en prendre connaissance et de statuer dans le délai indiqué. A défaut d'une décision du Conseil dans ce délai, les propositions de virement sont réputées approuvées.	
3. Les virements relatifs à la réserve monétaire, visée à l'article 19 paragraphe 6, sont décidés conformément à l'article 26 paragraphe 5 point a).	inchangé	

Drucksache 645/96

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
Article 109 *(paragraphes 1 et 2 : omissis)* 3. Il transmet, pour accord, à la Commission le résultat du dépouillement des offres et une proposition d'attribution du marché. Il signe les marchés, contrats, avenants et devis et les notifie à la Commission. La Commission procède, le cas échéant, pour les marchés, avenants et devis à des engagements individuels selon les procédures prévues aux articles 36 à 39. Les engagements individuels sont à valoir sur les engagements au titre des conventions de financement prévues à l'article 106 paragraphe 2. *(paragraphe 4 : omissis)*	**Article 109** (paragraphes 1 et 2 : inchangés) 3. Il transmet, pour accord, à la Commission le résultat du dépouillement des offres et une proposition d'attribution du marché. Il signe les marchés, contrats, avenants et devis et les notifie à la Commission. La Commission procède, le cas échéant, pour les marchés, avenants et devis à des engagements individuels selon les procédures prévues aux articles 36 à 39. Les engagements individuels sont à valoir sur les engagements au titre des conventions de financement prévues à l'article 106 paragraphe 2, selon la disposition de l'article 36 paragraphe 2, 2ème alinéa. (paragraphe 4 : inchangé)	***Correspondance entre engagements juridiques et budgétaires et contrôle des engagements en cours***

6457/96

TEXTE ACTUEL DU REGLEMENT FINANCIER	PROJET DE MODIFICATION	*REMARQUES*
TITRE IX **DISPOSITIONS PARTICULIERES APPLICABLES AUX AIDES EXTERIEURES** *(Articles 105 à 111 : omissis)* **SECTION III** **PASSATION DES MARCHES** **Article 112** Par dérogation aux dispositions du titre IV du présent règlement financier, la passation et l'attribution des marchés financés par la Communauté, au bénéfice des destinataires des aides extérieures, sont régies par les dispositions suivantes. **Article 113** La procédure à appliquer pour la passation des marchés de travaux, de fournitures ou de services est déterminée dans la convention de financement ou le contrat, compte tenu des principes énoncés ci-après. *(articles 114 et suivants : omissis)*	**TITRE IX** **DISPOSITIONS PARTICULIERES APPLICABLES AUX AIDES EXTERIEURES** *(Articles 105 à 111 : inchangés)* **SECTION III** **PASSATION DES MARCHES** **Article 112** Par dérogation au titre IV, la présente section s'applique aux cas dans lesquels la Commission, dans le cadre des aides extérieures financées sur le budget des Communautés européennes, intervient en qualité de pouvoir adjudicateur dans la passation de marchés de travaux, de fournitures ou de services non couverts par les dispositions des directives du Conseil portant coordination des procédures de passation des marchés publics de travaux, de fournitures et de services ou par l'Accord plurilatéral sur les marchés publics, conclu au sein de l'Organisation mondiale du commerce. **Article 113** La procédure à appliquer pour la passation des marchés de travaux, de fournitures ou de services financés sur le budget des Communautés européennes, au bénéfice des destinataires des aides extérieures, est déterminée dans la convention de financement ou le contrat, compte tenu des principes énoncés ci-après. *(articles 114 et suivants : inchangés)*	***Modification de la Section III du Titre IX*** ***Cette modification qui vise à garantir l'harmonie du Titre IX avec les directives du Conseil sur la passation des marchés et les accords internationaux dont la Communauté est signataire (principalement l'accord GATT), représente une urgence particulière du fait que la Commission s'est engagée, lors de la révision relative au 1er train, à présenter une proposition de modification dudit titre avant fin 1995.*** ***Cette adaptation peut être obtenue par la seule modification de l'article 112, afin de mettre sur pied d'égalité la Commission avec le Etats membres.***

Brucksache 645/96

Bundesrat Drucksache **645/96** (Beschluß)

18.10.96

Beschluß
des Bundesrates

Vorschlag einer Verordnung (Euratom, EGKS, EG) des Rates zur Änderung der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften

KOM(96) 351 endg.; Ratsdok. 9518/96

Der Bundesrat hat gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG von der Vorlage Kenntnis genommen.

Der Beschluß ist gemäß § 35 GO BR gefaßt worden.

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn
Telefon: 0228/3820840, Telefax: 0228/3820844
ISSN 0720-2946